

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgelegt.
Bestellungen nehmen alle Postämter und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle, Zögnerstr. 8, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streich, Betriebsänderung ufm. erfolgt jeder Anspruch auf Verrückung beim Rückgang des Bezugspreises.
Fernsprechkennzeichen Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Schmalzettel 30 Goldpfennig, einseitig, Umrahmung, Schmalzettel und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 9 Uhr, Anzeigen größerer Umfangs werden tags vorher erbeten.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburg-Zeitung.

Nr. 10.

Dienstag, den 24. Januar 1928.

31. Jahrg.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Infolge des Richtbereinstimmens zwischen Zentrum und Deutscher Volkspartei über das Schulgesetz ist die Gefahr einer Krise in der Reichsregierung entfallen.
* Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius gab in einer Rede zu Mannheim als vorläufigen Termin für die Reichstagswahlen ein Ende kommenden Monats Mai an.
* Das Präsidium des Evangelischen Bundes wendet sich gegen die Idee von der Gründung einer evangelischen politischen Partei.
* Die freigeberischen Verarbeiter drohen mit dem Streik, wenn sie bis zum Mai keine wesentliche Schlichtungserhöhung erhalten.
* In Amerika hält man das Zustandekommen eines Antikriegspaktes für ausgeschlossen nach dem Eintreffen der französischen Antwort auf die Washingtoner Vorlage.

Nur ein Absehzucken.

Berlin hat für ganz Deutschland wieder einmal den Stoff zu einer recht traurigen Verwirrung abgegeben. Oder zum Nachen. Denn ganz Deutschland kennt ja wohl die Geschichte der vom Einfluß der beiden Parteien, die in der Charlottenburger Hebelstraße. Das rechte Kapitel dieser Geschichte ist der Hinweis auf — anders war's nicht — zweier Parteien, die binnen drei Stunden ihre Wohnungen wegen Kauflosigkeit zuzammen mußten, aber vom Wohnungsamt andere Wohnungen nicht nachgeliefert erhielten. Sondern sozusagen auf der Straße liegen zu lassen.
Keine von den Behörden will an all diesen geradezu unmöglichen Dingen schuld sein; das Wohnungsamt sagt, es habe die Kauflosigkeit schon längst auf die Einfuhrzölle aufmerksamer gemacht und diese sei ihm jetzt überdies mit dem sofortigen Münzumschmelzen über den Hals gekommen. Alles ganz schön und gut, aber dadurch erhalten die Ausgewiesenen immer noch keine Wohnung. Sie sollen auch die Umzugskosten selbst bezahlen. Oder der Hauseigentümer. Oder die Hypothekengläubiger der Grundstücke. Nebenfalls nicht — die Behörden. Denn — so sagen sie — wir sind an allem schuldlos. Die wohnungslosen Mieter erfahren nur ein Absehzucken.

Das ist schon eine Komödie, keine Groteske mehr, das ist eine Tragödie, die Tragödie des „Regierens“. Es genügt nicht, daß die Behörden Sitzungen veranstalten oder Demontis von sich geben, die um so weniger geglaubt werden, als sie einander widersprechen. Gerade Wohnungsangelegenheiten im ganzen Reichgebiet zur Verfügung gestellt werden, wo doch eine unerschöpfliche Unterbringungsmöglichkeit ist — und es kommt nicht eine einzige Familie untergebracht werden! Schließlich kann doch der Bürger von der Arbeit seiner Behörden auch etwas Praktisches verlangen, nicht bloß behörliche Entschuldigungen und Anekdoten.
Aber so ganz und gar nicht zufrieden an all diesen Fehlgriffen sind die unteren ausführenden Behörden allein auch nicht. Unsere Gefängnisverwaltung arbeitet ja sehr schnell, aber leider häufig genug auf Kosten der Sorgfalt. Nicht gerade selten zeigen sich in den Gefängnissen, die von einer hohen Volkserziehung beschlössen sind, eine Unkultur, die in einem, geradezu überaus. Ein dratliches Beispiel hierfür hat die Aufhebung der Wohnungsangelegenheiten bei den großen Wohnungen; ganz verständlich war die Auslegung, die diese doch sehr weite Kreise der Öffentlichkeit betreffenden Bestimmungen erluden. Der Satz „Unkenntnis schützt vor Strafe nicht“ ist ja ganz schön; aber seitdem das, was alles „rechens“ ist eine geradezu lawnenartige Ausdehnung erlud und erforderte, wie dieser Satz zu einer inneren Unmöglichkeit und aus besonders

Gefahr für die Regierungskoalition.

Unterbrechung der interfraktionellen Schulgesetzverhandlungen.

Die interfraktionellen Verhandlungen der Regierungsparteien über den § 20 des Schulgesetzentwurfs sind unterbrochen worden, ohne daß bisher eine Annäherung der gegenseitigen Anschauungen zwischen Volkspartei und Zentrum festgelegt werden kann. Vom Zentrum wird die Forderung der Deutschen Volkspartei, wonach in den Ländern, wo „nach Gesetz und Herkommen“ die Simultanschule bisher besteht, es beim alten bleiben soll, als ganz unannehmbar und verfassungswidrig bezeichnet, weil die Verfassung den Begriff des „Herkommens“ nicht kennt. Bei Annahme einer solchen Bestimmung könnten verschiedene andere Länder, beispielsweise Sachsen durch den Staatsgerichtshof eine Entscheidung erzwungen, wonach auch bei der Geltung des Schulgesetzes ausgenommen werden.

In Zentrumskreisen wird die Aussicht auf eine Verständigung sehr pessimistisch beurteilt und es wird, wie ein sonst gut informiertes Nachrichtenbüro hört, betont, daß das Zentrum einfallen lasse, sei es in Winter aus dem Kabinett zurückzutreten, wenn der Einheitspunkt des Zentrums nicht durchgesetzt werde. Die Verhandlungen sollen fortgesetzt werden, sie dürfen noch längere Zeit in Anspruch nehmen. Auch von der Volkspartei wird die Lage für außerordentlich pessimistisch gehalten. Die Volkspartei hält nach wie vor ihre Forderungen aufrecht.
Der Interfraktionelle Ausschuss beschäftigte sich auch mit der Grundsatzfrage für die Landwehrpflicht. Es bestand Einigkeit über die Notwendigkeit dieser Hilfe, doch konnte bisher noch kein gangbarer Weg für die Aufbringung der erforderlichen Mittel gefunden werden.

Der Wechsel im Reichswehrministerium.

Der Personalwechsel im Reichswehrministerium hat sich nunmehr auch formell vollzogen. In Berlin verabschiedete sich der bisherige Wehrminister Dr. Gessler von seinen bisherigen Mitarbeitern im Ministerium mit einer längeren Ansprache, in der er seinen Dank und seine Anerkennung aussprach. Der dienstliche Offizier der Wehrmacht, Admiral Zenger, Kommandeur der Reichsmarine, antwortete darauf mit herzlichem Worten des Adieu und über den Abschied. Der neue Wehrminister General Gröner übernahm die Geschäfte ebenfalls mit einer Ansprache an die vornehmsten Beamten und Offiziere. Seine Amtsübernahme gab der Minister der Wehrmacht durch folgenden Erlass bekannt:

Durch das Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten an die Spitze des Reichswehrministeriums berufen, habe ich heute die Amtsgeschäfte übernommen. In der festen Überzeugung, daß unsere gemeinsame Arbeit von rechtschaffenem gegenseitigen Vertrauen getragen wird, rufe ich allen alten und jungen Kameraden ein herzlich willkommen zu.
Dr. Gessler wird voraussichtlich zunächst eine längere Zeit der Erholung auf seinem in Bayern gelegenen Gute verleben. Bei seinem Abschied richtete der scheidende Minister an die Wehrmacht einen Erlass, in dem es heißt: „Fast acht Jahre habe ich die Ehre gehabt, an der Spitze des Reichswehrministeriums zu stehen; es waren schwere Jahre, denn in ihnen war die deutsche Entschlossenung nach dem Versailles Vertrag zu vollziehen. Wir konnten in diesen Jahren aber auch aufbauen und die geistlichen und organisatorischen Grundlagen für die junge deutsche Wehrmacht schaffen. Die beste Kraft zogen wir alle aus der großen militärischen Überlieferung, die wir pflegen ich mich berufen fühle, und besonders aus der Überzeugung, daß es Aufgabe des Soldaten ist, aber alle Parteien hinweg, niemand zuliebe und niemand anstehe, nur dem Vaterland zu dienen.“

Der neue Wehrminister ist ein Mann, der in Deutschland über alles! Der Reichswehrminister: Dr. Gessler.

Forderungen der Landwirtschaft.

100-Millionen-Beihilfe vorgeschlagen.
In der vergangenen Woche hat sich das Reichsministerium mit der Vorlage der Landwirtschaft beschäftigt und ist in Erwägung über Bewilligung neuer Kredite eingetreten. Von den Vertretern der Landwirtschaft wurde betont worden, das Reich müsse mehrere hundert Millionen bereitstellen. Wie es heißt, soll der Reichsfinanzminister Dr. Brücher sich bereit erklärt haben, den Betrag von 100 Millionen in den Etat einzustellen. Darüber hinausgehende Ansprüche seien abzuweisen, da keine Deckung vorhanden sei. Reichsernährungsminister Schiele habe einer vorläufigen Begrenzung auf 100 Millionen zugestimmt.
Die landwirtschaftlichen Verbände sind keineswegs mit einer solchen Begrenzung einverstanden und betrachten sie als nicht ausreichend. Besonders wird auf die Möglichkeit hingewiesen, aus den Krediten für die Landwirtschaft in Anspruch zu nehmen. Grundsätzliche Beschlüsse im Kabinett wurden noch nicht gefaßt, zumal auch über die Form, in welcher diese Auslandskredite beschafft werden sollen, keine Klarheit herrscht.

Landwirtschaftsfragen im Reichshausbauauschuss.

Bei der Weiterführung der Reichshausbaufrage hat sich der Hausbauauschuss des Reichstages am Montag in der Hauptsache mit den dringlichen Fragen der Landwirtschaft beschäftigt. Der Präsident des Reichshausbauauschusses Dr. Schiele über die Not der Landwirtschaft, erklärte aber, grundsätzlich könne man sich darüber urteilen, ob die Regierung wirtschaftlich helfen wolle, wenn genauere Mitteilungen über die Einzelheiten der Ernährungssituation vorliegt worden seien. Seine Partei wünsche Ausbau des Schuldloshilfsfonds und andere Verwirklichung des bäuerlichen Wohlfühlens. Schiele schätzte die Grundsätze eines Wohnbaugesetzes für die Landwirtschaft durch den Reichsernährungsminister vor. Abg. Gerlach (Bayer. Sp.) bringt Wünsche der bayerischen Landwirtschaft vor und verlangt Herabsetzung des Gefälligkeitskreditfonds. Abg. Benne mann (Ztr.) kritisiert besonders das System der Besteuerung der Landwirtschaft. Für Zentralforderungen, die in der Landwirtschaft nicht zu vermeiden seien, werde von den Steuerbehörden ein Zins berechnet, der untragbar sei. Abg. Schmitt (D.-Scheidl.) bemerkt die Wichtigkeit des Finanzministers. Seine Forderung wolle klar sein: wieviel Mittel hier wieder im Ergebnis angefordert werden müßten. Im Interesse der Landwirtschaft werde er sich gegen die Verallgemeinerung der Wohnbauten von der Not der Landwirtschaft. Es werde stark mit überkommen gearbeitet. Abg. Dietrich (Dem.) weist darauf hin, daß nur von der Not einzelner Großbetriebe geredet werde, den Bauern und Kleinrentnern gebe es ebenfalls nicht gut, aber die kleinen Kleinrentner schneidet als die Großen an, weil sie sich anstrengen, durchzukommen und nicht nur nach Staatshilfen schrien.

Reichsernährungsminister Schiele

führte aus, bestimmte Summen für die benötigten Kredite habe er mit Absicht nicht angegeben, da das Kabinett hierüber noch nicht abschließend geurteilt habe. Der Minister betonte sich über die mangelnden Dünemittel und die unrentablen Viehpreise infolge der Auslandszufuhr. Im Kleintierbau würden sich bedauerlicherweise die niedrigen Viehpreise nicht aus. Die Spannung zwischen dem Staat und der Schweine und dem Landpreis für Schweinefleisch habe sich gegenüber dem Jahre 1918 um 50 Prozent erhöht. Der Staatpreis für Schweine fleische heute unter dem Marktpreis.
Nach einigen weiteren Bemerkungen über die Lage des Reichshausbaus vertagte sich der Ausschuss.

Ende des Antikriegspakt-Planes?

Die Auffassung in Amerika.
Aus Washington wird über den ersten Eindruck der nunmehr veröffentlichten französischen Antwortorte auf die amerikanischen Vorschläge in der Frage des Antikriegspaktes berichtet, man sei versucht anzunehmen, daß ein weiterer Meinungsaustrausch in dieser Frage ganz und gar hinfällig sei, denn die Meinungsverschiedenheiten zwischen Washington und Paris befinden sich weiter. Es besteht eigentlich nur noch eine Hoffnung. Verhandlungen zwischen den die Großmacht vertretenden Diplomaten können unter Umständen zu einer Verständigung über eine abschließende Erklärung führen, durch die jede Macht, soweit es sie betrafte, auf jeden Krieg verzichte. Auch in einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington heißt es, die französische Antwort bereite allen Ansichten auf eine Verständigung ein Ende.

Aus Brains Antwort an Kellogg.

In dem Schreiben des französischen Außenministers Brains an den amerikanischen Staatssekretär Kellogg wird kein Zweifel daran gelassen, daß Frankreich jedes Interesse

an diesen Verhandlungen verlor, daß, trotzdem wenig auf die Idee gekommen war, eine von Frankreich beschlossene Demonstration der französisch-amerikanischen Freundschaft durch Unterstützung auf die anderen Großmächte zu einem Instrument internationaler Friedenssicherung zu machen. Das einzige Augenmerk, zu dem die französische Regierung sich herbeiließ, ist die Frage des nächsten Jahres. Sie ist die früher geäußerten Absichten gegen die von Washington gewünschte Einbeziehung der anderen vier Großmächte (England, Deutschland, Italien und Japan) in die Verhandlungen nicht ohne weiteres preis, erklärt diesen Wunsch aber für unerlässlich. In der Sache selbst ist die französische Regierung unmaßgeblich geblieben. Sie hält an dem Standpunkt fest, daß in dem Augenblick, da von der ihr vorgeschlagene Haft auch auf die anderen Mächte ausgedehnt werden soll, nur noch eine Lösung des Agrarproblemes in Frage kommen könne.

Gegen eine „Evangelische Partei“.

Rundgebung des Evangelischen Bundes.
Das Präsidium des Evangelischen Bundes erklärt eine Veröffentlichung folgenden Inhalts:
„Anfragen aus den Kreisen unserer Mitglieder veranlassen uns, zu erklären, daß der Evangelische Bund auf Grund wiederholter Beschlüsse seitens seines Zentralvorstandes sich von allen Bestrebungen, eine evangelische Partei zu gründen, von welcher Seite das auch geschehe, grundsätzlich fernhält. Der Evangelische Bund erblickt in derartigen Vereinigungen die ernste Gefahr einer weiteren Zersplitterung unseres parteiübergreifenden Lebens, ein Schwächen der evangelischen und eine weitestgehende Zerstörung der evangelischen Front. Er ist der Auffassung, daß durch eine verstärkte Veranschlagung der evangelischen Interessen in unserem Staatleben, durch die Bildung interreligiöser evangelischer Ausschüsse und letzten Endes durch eine vernünftige Wahlrechtsreform die evangelischen Interessen im öffentlichen Leben wirksamer gewahrt werden können. Er erwartet insofern um so mehr von den bestehenden Parteien, daß sie beieinmütigen Empfinden der evangelischen Bevölkerung Rechnung tragen und sich die Wahrung der deutsch-evangelischen Interessen mehr als bisher angelegen sein lassen.“

Deutscher Reichstag.

(364. Sitzung.) CB. Berlin, 21. Januar.
Der weiteren Verlängerung der Geltungsdauer des Meißnerbeginntungsvertrages zwischen Deutschland und Paraguay wurde in allen drei Lesungen zugehört.
Die erste Lesung des Reichsfinanzgesetzes wurde fortgesetzt.
Abg. Müller-Franken (Soz.) wies darauf hin, daß nach einer Meldung der Deutschen Tageszeitung Reichsminister von Dewitz auf der Tagung des Pommerischen Landtages in Cottbus erklärt habe, man werde es verstehen, daß es für wichtiger gehalten habe, in diese Versammlung zu kommen und die Größe der Reichsregierung zu überbringen, als im Reichstage sich auszuweisen, wo er persönlich angefallen werde.
Abg. v. Guentard (Zentrl.), der dann das Wort erhielt, erklärte, er hoffe, daß aber das oben geschilderte Auftreten des Reichsministers von der Reichsregierung die Aufklärung aneben werde, die auch seine Fraktion verlange. Der Redner stellte fest, daß seine Fraktion dem Etat mit einer gewissen Skepsis gegenüberstehe, da die Ausgestaltung nur möglich gewesen sei auf eine immerhin etwas problematische Weise und auch nur in Auswirkung besonders günstiger Umstände. Das Zentrum lasse sich seinen Standpunkt konstatieren, die Sache nicht trüben und hätte immer auf die volle Freiheit seiner Entschlüsse gehalten. Der Redner billigte die vom Reichsminister für geführte Außenpolitik, die heute von einer sehr großen Mehrheit des Reichstages getragen werde.
Der Redner sprach zum Schluß die Hoffnung aus, daß es gelinge, die großen in Arbeit befindlichen Gesetzentwürfe zu beschleunigen.
Reichsminister Dr. Wang erklärte, er wolle gleich zu der Frage bezüglich des Marktaufsichtsgesetzes der Reichsregierung Stellung nehmen. Die Reichsregierung hätte keinen Weg, den preussischen Wunsch, die durch den Reichsminister A. D. Dr. Richter befehligen Stellen freizumachen, zu erfüllen. Unter diesen Umständen konnte eben Deutschen

nur nochmals dem Staatsgerichtshof anrufen, damit dieser nun auch den Weg zur Erfüllung des preussischen Antrages weise. Als der Kaiser sich daraufhin lehnte, erklärten stürmische Rufe von links: „Herr von Reubell!“ Der Reichstanzler erwiderte darauf: Herr von Reubell werde selbst auf die ihm gemachten Vorschläge antworten.
Abg. Dietrich-Haden (Zentrl.) wies vom Finanzminister Dr. Köhler vor, daß er einen Umweg gemacht habe. Erst hätte er die Finanzpolitik Reinholds getadelt und jetzt tue er daselbe und schilbere die Dinge so, wie sie sich auf Grund der Berücksichtigung ergeben. Der Redner hält einen übertriebenen Bestimmtheit nicht für am Platze.

Reichsminister von Reubell nahm dann unter lebhafter allgemeiner Spannung das Wort und erklärte, daß er es angeheißer der großen Rolle der Landwirtschaft für notwendig gehalten habe, selbst an der Spitze des Pommerischen Landtages in Cottbus teilzunehmen. Er hätte sich selbst über die Sachlage unterrichten wollen und dafür in Kauf nehmen müssen, auch einmal eine Sitzung des Reichstages zu veräumen, selbst wenn er dadurch in die unangenehme Lage gekommen sei, auf persönliche Angriffe selbst nicht sofort antworten zu können. (Lachen links.) Seine Äußerung sei im übrigen aus dem Zusammenhang gerissen und nicht richtig wiedergegeben worden. Der Minister erklärte weiter, eine Veränderteinigung des Reichstages, dem er selbst angehört, habe ihm durchaus fern gelegen.
Abg. Drewnitz (Wirtsch. Gl.) nahm die Finanzpolitik des früheren Finanzministers Schaller gegen Angriffe der Linken in Schutz.

(365. Sitzung.) CB. Berlin, 23. Januar.
Zu Beginn der Sitzung beantragte der Abg. Stöder (Komm.) die Abweisung eines Antrages, nach dem der Bericht des Parlamentarischen Ausschusses über die Phosphor-Mangelkrankheit dem Reichstage zugängig gemacht werden sollte. Aus dem Hause wurde der Mitbringer dieses Antrages vertrieben und so mußte der Antrag abgelehnt werden.
Präsident Löss erklärte jedoch, daß diese Angelegenheit ohnehin noch vor Beratung des Reichstages zur Sprache kommen werde, weil durch einen Nachtragsetiel die dem Reich aus der Phosphor-Mangelkrankheit entstehenden Kosten vom Reichstage angefordert werden müßten.
Die Frage des Einheitsantrages.
Abg. Seiffert (Soz.) erklärte zur Frage des Einheitsantrages, wenn man etwas Neues schaffen, so müsse auch anderen Mühe sein, was Reichsrecht ist. Der Redner machte sich vor allem gegen die Überfälle der Parlamentarier und forderte schließlich ein Vorgehen für die Inflationssopfer.
Abg. Frau Gohle (Einheitsf.) bezeichnete den Bürgerkrieg als die Frucht der sozialdemokratischen Politik von 1918. Sie hätte sich nicht dem Bürgerkrieg angeschlossen. Im Gegensatz zu den offiziellen Scheincommunisten würden die Einheitskommunisten an dem Einzug dieser bürgerlichen Gesellschaft arbeiten. Schließlich forderte die Rednerin, daß die Auflösung der Reichstages, die doch nicht reformiert werden könne.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler erklärte, der Etat hätte von allen Seiten eine tüchtige Beurteilung erfahren. Alle Finanzminister der Nachkriegszeit seien nicht gerade mit Anerkennung verächtlich worden. Seit sei die Deutschland gemachte Erbschaften vorüber und es beginne das Normaljahr der Dames-Befolgungen.
Ein großer Teil der in wirtschaftlichen Aufbaubarkeit stecke aber noch in den Kinderstühlen und viele Programme seien ungeführt. Man habe ihn wegen seiner pessimistischen Beurteilung der Finanzlage im Vorjahre getadelt. Demals hätten aber die sozialdemokratischen Finanzfachleute die Lage noch dümmlicher gemacht. Die jährliche Kritik, die an seinen Rednungen nicht worden sei, könne er nicht als berechtigt anerkennen. Unter den heutigen Umständen dürfe nicht ein Etat aufgestellt werden, der am Schluß mit großen Überschüssen ende. Statt der Kritik an der angeblich zu optimistischen Schätzung der Einnahmen habe leider kaum einer der Kritiker

Wörter bei den Ausgaben verlangt. Im Gegenteil seien von ihnen Forderungen gestellt worden, die neue Ausgaben herbeizutreiben müßten. Das Staatsergebnis der Reichsregierung werde sehr vom Reichsrat durchgearbeitet. Die Reichsregierung habe seine Verabschiedung

in keiner Weise erwidert. Wenn die Regierung in dem Ergebnis der Länderkonferenz einen Fortschritt sähe, so befände sie sich eben in Übereinstimmung mit der Erklärung des preussischen Ministerpräsidenten Braun. (Seitens rechts.) Das stürmische Drängen des Abg. Dr. Gremer nach dem Einheitsantrag schiene in seiner eigenen Partei nicht überall geteilt zu werden. Mit der Verabschiedung des Antrages von allen Seiten gefordert werde, daß man nicht warte, bis das Verhältnis von Reich und Ländern neu geregelt ist.
Abg. Reil (Soz.) erklärte, der bisherige Verlauf der Verhandlung des Reichstages sei sehr zufriedenstellend. Die von dem Reich und den Ländern neu geregelt ist.
Abg. Reil (Soz.) erklärte, der bisherige Verlauf der Verhandlung des Reichstages sei sehr zufriedenstellend. Die von dem Reich und den Ländern neu geregelt ist.

Preussischer Landtag.

(633. Sitzung.) U. Berlin, 21. Januar.
Das Haus stimmte heute gemäß den Ausschussanträgen dem Haushalt der Provinz für 1919 unüberändert zu, ebenso dem Haushalt des Reichsantrags mit dem des Preussischen Staatsantrages. Es folgte die zweite Beratung des Haushalts der Oberrechnungskammer. Auch hier empfahl der Ausschuss unüberänderte Annahme. Ohne weitere Debatte stimmte das Haus auch diesem Etat in zweiter Lesung zu, ebenso dem Etat der Staatsfonds.
Beim Lotterietat entwickelt sich eine kleine Debatte infolge kommunikativer Vermengungen, die aber bald beendet ist, wobei festgestellt wird, auch dieser Etat bewilligt und ebenso derjenige der Porellanmanufaktur.

Dann tritt Vertagung bis zum 2. Februar ein.

Politische Rundschau Deutsches Reich.

Die Abgrenzung Reparationsabgabe.
Das Pariser „Matin Journal“ glaubt zu wissen, daß die deutsch-französischen Verhandlungen auf Abänderung der jetzigen Methode der Berechnung der Abgrenzung Reparationsabgabe, die in Zukunft nach dem Muster der zwischen England und Deutschland bereits getroffenen Vereinbarung direkt durch die deutschen Exporteure an die Reparationskasse in Berlin abgeführt werden soll, kurz vor ihrem Abschluß ständen. In Frankreich sei man bei der Berechnung des Abgrenzungsbetrags auch für Frankreich und Deutschland verabschiedet einzustimmen. Es handelt sich dabei um die 26 Prozent besonderer Abgaben, die bei Einführung deutscher Waren in England oder in Frankreich geleistet werden müßten.

Reichstagsneuwahlen im Mai?
Auf einer vorkommunikativen Tagung in Mannheim hielt Reichsfinanzminister Dr. Gurius eine Rede, in der er ausführt, daß die Neuwahlen vor den Reichstag etwa im Mai zu erwarten seien. Die Deutsche Volkspartei werde frei von Bindungen nach rechts oder links in den Wahlkampf eintreten.

Der Pommerische Landtag an den Minister Schiele.
Wiel Günstig auf die Lage der Landwirtschaft hat der Pommerische Landtag an den Reichsfinanzminister Schiele folgendes Telegramm geschickt: „Zunehmende Planung bringt nichts, was Lage der Landwirtschaft dauernd bessern könnte. Wichtigste übersehene Betriebe erhalten Erleichterung, die sie nicht rettet, während Gemeinleiden der Landwirtschaft weitergeht. Ein Programm, das nicht grundsätzlichen Wandel der Landwirtschaft bringt, lehnen wir ab. Verleumdung der gesamten Rentenbesitzer und der preussischen Staatsgrundbesitzer ist neben der Umgestaltung als Strafmaßnahme unerlässlich.“

Vom Leben gehetzt

Roman von J. S. Schneider-Foersell

Uebersetterschutz 1926 durch Verlag Oskar Meiser, Werdau

(70. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Hellmuth ließ sie nicht mehr aus den Augen. Er hatte sich draußen in der Toilette bereits demastiert, die Brille abgenommen und den häßlichen Spitzbart weggeschafft.

Trude rief nach dem bedienenden Mädchen, um zu bezahlen. Da erhob er sich unvermittelt und trat an ihren Tisch. Sie erkannte ihn sofort wieder und streifte ihm die Hand entgegen. Er ergriß sie aber nicht und demernte sich nur lächelnd, als sei es ihm peinlich, sie ihre Bekanntschaft gemacht zu haben.

Dann wandte er sich an den jungen Herrn an ihrer Seite: „Gefallen Sie, daß ich mit Ihrer Braut ein paar Worte unter der Augen spreche?“

Zugleich zeigte er seine Legitimationskarte vor: Deletio Hellmuth.

Trude guckte erloschend zusammen. Hilflos sah sie ihn an und dann auf ihren Begleiter. Dieser hatte sich brüsk erhoben: „Ich möchte nicht, was Ihnen Berechtigung gäbe, meiner Schwester irgendwelche Unannehmlichkeiten zu bereiten, mein Herr!“

Hellmuth machte ein abwesendes Gesicht. „Ich tue nichts als meine Pflicht. Es liegt im Interesse der Dame, daß sie sich küßt. Ich glaube nicht, daß Sie es vorziehen werden, hier einen Skandal in Szene zu setzen.“

Walter Rommel verneinte. „Sie werden aber erlauben, daß ich der Unterredung beizuhören“, sagte er bittend. „Bedauer!“ Hellmuth guckte die Achseln. „Ihre Anwesenheit könnte womöglich die Aussagen Ihrer Schwester beeinflussen. Ich kann es also nicht gestatten. Ich denke, die Sache wird bald erledigt sein. Darf ich jetzt bitten, gnädiges Fräulein?“

Trude erhob sich mit halb gefälschten Föhren. Ihr Gesicht leuchtete geisterhaft weiß. Ohne Widerrede folgte sie ihm.

Ganz Mann von Welt, auch als Polizeigewalt, öffnete er ihr die Tür und ließ ihr den Vortritt. Dann ging er mit ihr einen Seitenweg entlang. Er sah die Angst, die in ihren Augen brannte, und glaubte ihr Herz bis zu sich herüberklopfen zu hören.

Aber es mußte sein! — Ein Halbes gab es für ihn nicht. Immer nur das Ganze! Ob es sich nun darum handelte, einen Verbrecher zu verfolgen und endlich dingfest zu machen, oder wie heute diese Trude Rommel wiederum in die Arme ihres Doktors zurückzuführen. — Es blieb ihm immer das selbe.

Bei einer Bank angekommen, machte er eine Handbewegung, die sie zum Niedergehen aufforderte. Er bemerkte nämlich, daß sie seine manig Schritte mehr zu gehen vermochte, sie würde unbedingt vor ihm zusammenbrechen. Willenlos ließ sie sich daher nieder und nied es, ihm in die Augen zu sehen. Er blieb vor ihr stehen und sah auf ihren gefesteten Scheitel. Ein taumelndes Köpfchen glitt um seinen Mund. — Armes, gehetztes Ding! — Aber es ging nun einmal nicht anders!

„Meine Gnädigste!“ sagte er höflich, ich habe ein paar Fragen an Sie zu richten, von deren Beantwortung alles für Sie abhängen wird. Jede Lüge würde für Sie von unvorstellbaren Folgen sein.“

Sie nickte, zum Zeichen, daß sie ihn verstanden hatte. „Sie sind friedlich verlobt, wegen Führung falscher Papiere“, sagte er streng.

Ein förmlicher Krampf begann ihren Körper zu schütteln. „Stimmt das?“ frag er barsch.

Sie nickte. — Es war ein stummes Bejahen der Verweigerung.

„Wer läßt mich verfolgen?“ stammelte sie.

„Der Staatsanwalt!“

Ihr Körper sank vollständig zusammen. — Das Gericht! — Wie eine rauschende Flut klang das Blut in ihren Ohren. Schmad, Schande und Entehrung, alles verband sich für sie mit diesem Gedanken.

„Ich will alles befennen, Herr Deletio!“ würgte sie heraus. „Gut! — Dann bitte ich Sie, mit zu folgen. Wenn Sie das nicht wollen, bin ich gezwungen, Sie zu verhaften!“

„Nein“, erwiderte sie hastig. „Ich komme mit Ihnen.“

Sie erhob sich, taumelte und fiel wieder auf den Sitz zurück.

„Soll ich Ihnen irgendeine Erleichterung besorgen?“ schlug er vor.

Sie verneinte und stand schon wieder auf ihren zitternden Füßen. Er bot ihr den Arm, und als sie sich weigerte, den ihren dareinzulegen, zog er ihn ohne weiteres durch den seinen.

„Sie können vollkommen unbesorgt sein“, sagte er freundlich. „Wenn Sie keinerlei Sorgen an den Reichsfinanzminister Schiele folgendes Telegramm geschickt: „Zunehmende Planung bringt nichts, was Lage der Landwirtschaft dauernd bessern könnte. Wichtigste übersehene Betriebe erhalten Erleichterung, die sie nicht rettet, während Gemeinleiden der Landwirtschaft weitergeht. Ein Programm, das nicht grundsätzlichen Wandel der Landwirtschaft bringt, lehnen wir ab. Verleumdung der gesamten Rentenbesitzer und der preussischen Staatsgrundbesitzer ist neben der Umgestaltung als Strafmaßnahme unerlässlich.“

Walter Rommel blickte ihm erregt entgegen: „Herr Deletio, ich denke, es wird doch höfentlich ein Verstum sein!“

„Leider nicht!“ sagte Hellmuth. „Ihre Schwester bekennet sich schuldig.“

„Wessen schuldig?“ rief Walter heraus.

Ein warnender Blick Hellmuths auf die Umgebung ließ ihn leiser sprechen.

„Wessen schuldig?“ wiederholte er.

„Sie ist im Besitze falscher Papiere.“

„Sie ist ungeschuldig!“ — Walter griff nach den Händen des Detektivs. „Sie hat es meinetwegen getan! — Nur meinetwegen! Verhaften Sie mich statt meiner Schwester, Herr Deletio. Ich werde ganz ruhig sein. Ich will keine Szene machen — gar nichts! Legen Sie mir Fesseln an oder was Sie wollen. Nur meine Schwester — geben Sie meine Schwester frei, Herr Deletio!“

„Es tut mir unendlich leid, Herr von Rommel“, sagte Hellmuth.

Walter hielt ihm die Hände entgegen. „Bitte, nehmen Sie mich! Ich erhebe mich auf Sie. Das Gericht greift immer nur nach dem Schuldigen. Einen Erschmann kennt das Gesetz nicht.“

„Aber verabschieden!“ — Erlauben Sie doch wenigstens, daß ich mich verabschiede“, sagte Walter in maßloser Aufregung. (Fortsetzung folgt.)

Gründung eines Bäckerei-Kampfbundes.

In Berlin wurde die Gründung eines Bäckerei-Kampfbundes beschlossen. Einigkeit bezeugten sich ihm bisher der Bäckerei, das Bäckereiwirtschaftsamt, der Nationale Gewerkschaftsbund Deutschlands (N.G.B.), die Bäckereiwirtschaftsbewegung, die Bäckereiwirtschaftliche Partei, die Bäckerei-Bundbewegung u. a. Für den gemeinsamen Kampf wurden folgende Grundsätze aufgestellt: 1. Kampf für die deutsche Freiheit, gegen die Verletzung der Erfüllungspolitik und die sich daraus ergebende Enteignung der deutschen Wirtschaft und die Verelendung des ganzen deutschen Volkes; 2. Kampf gegen den kapitalistischen Parlamentarismus; 3. Kampf gegen die Verletzung des deutschen Volkes durch die überkauflichen Mächte und für die künftige Freiheit des deutschen Volkes. Der Bund will bei den kommenden Wahlen eigene Listen aufstellen.

Seine polnischen Maximalfälle gegen Deutschland.

Nach Meldungen aus Warschau hat die polnische Regierung in der Frage der Maximalfälle beschloffen, das Inkrafttreten der Fälle vom 1. Februar ab auf diejenigen Staaten zu beschränken, die mit Polen weder einen Handelsvertrag haben noch in Handelsvertragsverhandlungen stehen. Damit ist das Inkraftbleiben der polnischen Maximalfälle Deutschland gegenüber für die Dauer der gegenwärtigen deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen gewährleistet.

Aus In- und Ausland.

Wien. Auf einer Wasserbesprechung, die der Rote Frontkämpferbund Österreichs im Verlauf seines Kongresses abhielt, sprach der deutsche Kommunist Z. H. A. M. A. M., der sich in Ausfällen gegen die österreichische Regierung erging. Daraufhin wurde er zur Polizeidirektion vorgeladen und aufgefordert, das Wasserbesprechungsprotokoll zu verlassen. Z. H. A. M. A. M. reiste alsdenn ab.

Genf. Der deutsche Generalkonsul Schmidt überreichte dem Generalkonsulat des Völkerbundes die Urkunde der vom Reichspräsidenten am 18. Januar 1928 vollzogenen Ratifikation für das auf der Internationalen Arbeitskonferenz am 15. Juni 1927 angenommene Internationale Abkommen über die Krankenversicherung der Arbeitnehmer in Handel, Gewerbe, in häuslichen Diensten und in der Landwirtschaft.

Havana. Die mexicanische Delegation kündigte die Einbringung eines Antrages auf Neuorganisation der Panamerikanischen Union an. Der Antrag will den föderalen Völkern der Vereinigten Staaten beistehen und damit den vom kubanischen Staatsdepartement ausgeübten starken Einfluss einschränken.

Die unzufriedenen Bergarbeiter.

Streikandrohung für Anfang Mai.

Zu einer in Wodum abgehaltenen Konferenz von etwa 700 Delegierten des Allen Bergarbeiterverbandes aus dem ganzen Ruhrbezirk wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der unter Hinweis auf die zu niedrige Entlohnung und die erhöhten Anforderungen an die Kräfte der Bergarbeiter durch die Mechanisierung und das Antreibesystem eine bedeutende Erhöhung der Löhne und eine Verkürzung der Arbeitszeit gefordert

sowie die Organisationsleitung beauftragt wird, zum 30. April die Kündigung des Lohntarifs und des Arbeitsabkommens anzukündigen. Zu bemerken ist, daß die Kündigung des Lohnabkommens, für das eine zweimonatliche Kündigungsfrist besteht, spätestens am 1. März, die des Lohntarifs, der mit einmonatiger Kündigungsfrist läuft, spätestens am 1. April erfolgen muß. Die Streikandrohung wurde eingeleitet durch ein ausführliches Memorandum des Führers des Allen Bergarbeiterverbandes, des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Sütemann, über die Lage der Bergarbeiter, in dem er u. a.

darauf hinwies, daß der Lohnlohn für die Gesamtbetriebskraft nur 97 Prozent, für die Hauer sogar nur 93 Prozent des Friedenslohnes betrage und daß in der Entlohnung die Bergarbeiter an 15. Stelle von insgesamt 24 Berufen ständen. Der Redner erklärte dann weiter, bei der Einstellung der Arbeitgeber sei mit freiwilligen Zugeständnissen nicht zu rechnen. Die Arbeiterkraft müsse sich deshalb mit dem Gedanken des Streiks vom 1. Mai ab vertrauen machen. In der mehr als vierstündigen Diskussion, die dem Referat Sütemanns folgte, wurde u. a. die Abschaffung der Gebührende überhört und die Beziehung nach festen Sätzen sowie die Kündigung nicht nur des Lohnabkommens, sondern auch die des Arbeitsabkommens gefordert.

Auch die christlichen Bergarbeiter für Lohnherabsetzung. In mehreren von christlichen Gewerkschaftsbereinen des Bezirks Wodum abgehaltenen Jahreshauptversammlungen wurde ein gemeinsames Vorgehen mit dem alten Verband in Sachen Lohnabkommens und Arbeitsabkommens gefordert.

Groß und Lowetter.

53 Grad Kälte in Schweden. Über Deutschland herrscht zurzeit ganz eigenartige Wetterverhältnisse. Während in Ost- und Nordostdeutschland Temperaturen bis zu 10 Grad Kälte gemessen werden und teilweise starke Schneefälle eingetreten sind, mißt man in West- und Südwestdeutschland Temperaturen bis zu 6 Grad Wärme bei trübem, regnerischem Wetter. Die Frostgrenze zieht sich in dieser Richtung der Höhe hin. Das Thermometer in den Außenbüchsen Berlins war bis auf 4 Grad unter Null gesunken. Angesichts der außergewöhnlich

eigenartigen Zustandsverhältnisse über Deutschland nimmt man an witterkundiger Stelle an, daß zunächst keine Änderung des Wetters eintreten wird.

In Schlesien schneit es unaufhörlich bei 1 bis 2 Grad über Null. Die Schneehöhe beträgt in den Vororten von Breslau bereits bis zu 15 Zentimetern. In der Stadt selbst ist der Verkehr durch den taueisigen Schnee sehr behindert. Auch aus W. u. E. u. n. sind sehr heftiger Schneesturm gemeldet.

Eine Kältewelle ist jetzt in Polen eingetreten, die dieses Mal mit starken Schneefällen verbunden ist. In Warschau liegt bereits über einen halben Meter Schnee. Aus allen Teilen Polens wird von empfindlichen Verkehrsstörungen berichtet. In der Nähe von Nowogrodek blieb ein Zug im Schnee stecken.

Am stärksten war der Frost in Schweden. Auf der Eisenbahnstation Wilhelmna, zwischen dem 64. und 65. Breitengrad, wurden 10 Grad abgelesen und in dem in der Nähe gelegenen Köpman sogar

53 Grad unter Null. Verschiedene Sägewerke mußten infolge der unerträglich kalten den Betrieb einstellen, so die von Schwitz, Farnadal, Kubiberg, Karlsöf, Sjöfjär, Hövd und Korbbyfjär. Die Telefonleitungen haben an vielen Stellen gelitten. Der Nachzug Walmd—Stochholm erleidet bedeutende Verhärtung, da in der Nähe von Sledobarn infolge der Kälte ein Schichtenbruch eingetreten war.

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Gemäß § 6 der Ausführungsvorschriften zur Polizeiverordnung über die Willensführung in der Provinz Sachsen vom 25. Februar 1924 und gemäß § 6 der Ausführungsvorschriften zur Polizeiverordnung über die Überführung in

der Provinz Sachsen vom 30. Januar 1925 jezt ich im Einvernehmen mit dem Vorstande der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen das Mindestbedeget für das Jahr 1928 für Bullen auf 6 — jechs — RM. und für Cher auf 3 — drei — RM. für den Umfang der Provinz Sachsen fest.

Magdeburg, den 20. Dezember 1927.
Der Bezirkspräsident.

Veröffentlicht: Torgau, den 17. Januar 1928.
Der Landrat. Wehr.

Ziegendeckelgeld.

Der Herr Regierungspräsident in Merseburg hat das Mindestbedeget für Ziegen für das Kalenderjahr 1928, im Einvernehmen mit dem Vorstande der Landwirtschaftskammer, auf 2 RM. 50 Pfennige festgelegt.

Torgau, den 16. Januar 1928.
Der Landrat. Wehr.
Der Gemeinde-Vorstand.

Gingelands.

Bezugnehmend auf die Anregung der Bach- und Schlichtergesellschaft Sassen, auch in Annaburg solch ein Unternehmen ins Leben zu rufen, gestatte ich mir als Annaburger Bürger folgendes zu erwidern: Das ein Bedürfnis für ein solches Unternehmen vorliegt, unterliegt bei den hiesigen Geschäftseuten und Hausbesitzern keinem Zweifel, besonders in der jetzigen unruhigen Zeit. Ich mache hiermit folgenden Vorschlag und bitte, denselben zu prüfen: Als Annaburger Bürger, bereits vor Jahren bei der Bach- und Schlichtergesellschaft tätig gewesen, bin ich mit den vorliegenden Arbeiten vollkommen vertraut und würde ich selbige Unternehmen für Annaburg auf eigenes Konto einrichten für geringes Entgelt. Zu diesem Zwecke werde ich mir gestatten, bei am Donnerstag stattfindenden Generalversammlung selbst beizuwohnen und werde ich Wünsche und Bitten persönlich entgegennehmen. Zudem haben bereits verschiedene Mitglieder mir zugestimmt, dem Unternehmen beizutreten.

Albert Runkel, Gärtnerstr. 8.
NB. Uns liegt über die Tätigkeit des Herrn Runkel bei der Bach- und Schlichtergesellschaft in Bezug ein Originalzeugnis vor, wofür ich dem Genannten dankbar bin, daß er mit großer Umsicht und Energie seinen Dienst getan hat. Die Neb.

Locales und Provinziales.

— Sino-Scha. „Violantha“. Der neueste Henry-Rotten-Film der Parufamet „Violantha“ wird bei uns von Freitag bis Sonntag im Lichtspielhaus zu sehen sein. Die Regie zu diesem Film hat wiederum Karl Froelich geführt. Wilhelm Dieterle spielt den männlichen Partner von Henry Rotten. Ein ausgerechtes Ensemble stellt sich um diese beiden Sterne. Der Film spielt in der Schweiz. Man sieht Schwyzer Mädchen, Mädchen, herrliche Naturlandschaften bilden den malerischen Hintergrund zu einem klassischen Drama, das die Verführung eines Bauernmädchens, dessen Aufstieg und eine Katastrophe behandelt, was Henry Rotten Gelegenheit gibt, alle Register dieses unerschöpflichen Könnens spielen zu lassen. Der Film zeigt die Kunstfertigkeit, die erst kürzlich erfolgreich wieder gesehen ist, ganz auf der Höhe ihrer Meisterhaftigkeit.

— Neues Städtefund-Theater. Die gelungene Aufführung der „Dollarsprinzessin“ von Leo Fall, im Goldenen Altona, ist wieder als ein voller Erfolg des Neuen Städtefund-Theaters zu buchen. Der Rollenbesetzung wurde von Herrn Knappe in bester Weise dargestellt. Alice (Frau Espino-Rama Wilde), Daisy (Frä. Ilse Weibel), Freyerer von auf und zu Schluß (Herr Wilde) und Freddy Wehrburg (Herr Heller) waren gestern

Vom Leben gehetzt

Roman von J. S. Schneider-Foerst

Urberechtigungsrecht 1926 durch Verlag Oskar Meister, Werdau

(71. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Wozu?“ kam es eifrig. „Sie machen es Ihrer Schwester nur noch schwerer.“

„Rein, nein! Ich will ganz vernünftig sein! Sie dürfen mir glauben! — Gestatten Sie mir's doch, Herr Detektiv!“

„Dann meinestwegen, ja! — Aber es muß rasch gehen! Meine Zeit ist kostbar!“

Walter war schon durch die Tür und die Stufen hinabgeklungen.

„Trude!“

„Er nahm sie in die Arme und drückte ihren Kopf gegen seine Schulter.“

„Sie nicht bangen, Trude, ich werde alles für dich tun. Ich habe Verbindungen von der Hochschule her. Zu jedem einzelnen werde ich laufen, bis ich dich frei habe. Und wenn dann alles nichts nützt, jage ich mir eine Kugel durch den Kopf.“

„Damit würden Sie Ihrer Schwester den denkbar schlichsten Dienst erweisen.“ sagte Hellmuth, der dieses Letzte eben noch gehört hatte. „Wer sollte dann Zeugenhaft für sie ablegen, wenn es darauf ankommt, dargutun, was sie zu ihrem Handeln bewegen hat? Das können doch nur Sie! — Weichen Sie also hübsch am Leben, mein lieber Herr von Rommel, und damit Sie sehen, daß ich kein Unmenschen bin, erlaube ich Ihnen, daß Sie bis in einer Stunde in die Hauptpolizei kommen. Vielleicht gelingt es mir, zu bewirken, daß man Ihre Schwester auf freiem Fuß läßt!“

„O bitte, Herr Detektiv! — Ich danke Ihnen!“

Walter war darauf und daran, ihm die Hand zu küssen. Hellmuth wehrte mit einem Nuckeln. „Um Sie das lieber Ihrer Schwester.“ legte er glittig, „die alles für Sie aufs Spiel gesetzt hat.“

Der junge Mann hob Trudes Gesicht zu sich auf und küßte es leidenschaftlich. „Hab' keine Angst, Schmelting.“ bat er.

„Angst? Weshalb?“ sagte Hellmuth. „Es ist gar keine Veranlassung dazu gegeben. Sie können überzeugt sein, gnädiges Fräulein, daß Ihnen nicht das geringste passiert, so lange sie unter meinem Schutze stehen.“

Der Wagen, den Sanders zurückgeführt hatte, fuhr eben wieder an den Eingang. Hellmuth öffnete den Schlag und hob Trude in den Fond. Walter drückte nochmals ihre Hand und preßte seine Lippen darauf: „Auf Wiedersehen, Trude!“

Sie sah ihn an, aber sie fand kein Wort. Dann schloß sie die Augen und lehnte sich in die Polster zurück.

Auf der Hauptpolizei angekommen, ging Hellmuth mit ihr zuerst nach seinem Arbeitszimmer. Er bot ihr einen bequemen Stuhl und brachte ihr ein Glas Wasser mit Arrak gemischt.

„Sie sind also gefändigt, Fräulein von Rommel?“ sagte er, vor ihr stehendelebend.

„Ja!“ kam es leise.

„Dann bitte ich Sie, mit mir zu kommen.“

Sie erhob sich und folgte ihm, aber jeder Schritt bedeutete eine Anstrengung für sie. Er führte sie durch einen dunklen Gang zu einer anderen Tür, klopfte, öffnete dann und ließ sie eintreten. Lautlos klinkte er das Schloß wieder ein.

Trudes Augen starrten weit geöffnet: „Bernhardt!“

Es war ein heller Schein, ganz durchtränkt von Furcht und Schrecken.

Dr. Sanders stand mit dem Rücken gegen das hohe vergitterte Fenster und breitete beide Arme nach ihr aus.

Sie kam langsam näher und wandte seinen Blick von ihm. War das der Geliebte, dem sie sich vor vier Jahren verlobt hatte? Dieser ergraunte Mann mit dem unfähig leidenden Ausdruck um Mund und Augen?

„Bernhardt!“

Er griff ädgernd nach ihr und zog sie an sich.

„Trude! — Meine Trude!“ sagte er und strich behutsam über ihren Scheitel.

„Ich bin nicht mehr arm. Du hast mich reich gemacht, du du gekommen bist.“ Sie zog seine Hände an ihre Lippen.

„Kind!“ bat er verlegen, „du hast keine Ursache, dieje Hände zu küssen!“

Sie umklammerte sie nur noch fester. „Sie haben mich ja gepflegt damals —“ sagte sie und zog sie von neuem zu ihrem Munde empor, „und mir soviel Liebes getan!“

„Soviel Liebes? — Wenn du jagst, soviel Liebes, dann wäre es richtiger!“

„Nein, soviel Liebes!“ beharrte sie, hob ihr Gesicht zu ihm auf und lachte — und fand nichts mehr, was sie an früher erinnerte. „Bernhardt!“ schluchzte sie auf. Ihre Hände tasteten nach seinem ergraunte Haar, strichen über sein blaßes Gesicht herab und glitten über seine heftig atmende Brust. Sie legte ihre Wangen gegen sein Herz.

„Wie fest es schlägt,“ stammelte sie leise.

„Aber hoffentlich nicht mehr lange!“

„Bernhardt!“ Sie klammerte sich aufweisend an ihn.

„Warum lagst du das, Bernhardt?“

Ein schmerzliches Zucken ging um seine Mundwinkel: „Das fragst du mich, Trude? — Drei Jahre — mein dreihundert Jahre trug ich Schuld und Reue! Weißt du, was das heißt?“

„Bergst mir!“

„Ich habe nichts zu vergeben!“

„Doch dir das angehen habe, Bernhardt! — Daß ich mich dir nicht anmerken darms! — Daß ich mich dir nicht zu erkennen gab. — Daß dein Haar ergraunt ist! — Und daß du alt geworden bist vor der Zeit!“

„Du alt“ bestiegte er schmerzlich. „Wenn man dreihundert Jahre gelebt hat, Trude, immer in Schmerz und Verzweiflung, dann ist man verbraucht. Es will immer gehen. Aber dieser Tag heute, mit dem hat der Himmel alles weggemacht, was er mir aufgebürdet hatte.“

„Und ich? — Was soll ich ohne dich, Bernhardt?“ Sie drückte sich enger gegen ihn.

„Du wirst glücklich werden, Trude, viel glücklicher, als du es je an meiner Seite geworden wärest.“

„Rein!“ Mit einem heißen bittenden Fliesen zu ihm aufsehend, bettelte sie: „Weißt du mir! — Geh' nicht wieder fort! — Ich kann nicht mehr ohne dich!“

„Was hast du dann bis jetzt getan, Trude, wo du mich nicht haltest.“ (Fortsetzung folgt.)

wieder einmal in Spiel und Gesang in großer Form und leichtem Versäufliches. Auch Olga (Fräulein Ritter) und ihre beiden amerikanischen Kavaliere (Herr Nagel und Herr Ritter) hatten sich prächtig in ihre Rollen hineingelebt. Mit Tompen (Frau Dehlschlager), der wahre Typ einer Frömmlerin, spielte ihre Rolle ausgezeichnet und gab häufig den Anlaß zu einer Nachsage. Dekorationen, Ausstattungen und Garderobe waren wie immer auf fastener Höhe. Die einnehmende Musik, das flotte Spiel, waren ein rechter Genuß für alle Zuhörer, das Publikum zeigte deshalb auch nicht mit dem Verfall, so daß mehrere Sennen wiederholt werden mußten. Nur ein Urteil hörte man beim Besuch zum Ausdruck kam. Hervorragendes wurde geboten und geleistet. Dank allen Mitwirkenden auch an dieser Stelle. Und nun die Frage: „Welche Uebersetzung bringt uns der nächste Festabend?“

Falkenberg, 20. Jan. Auf der Straße Berlin-Falkenberg werden jetzt von der Firma Schwarztopf gebaute neueste Schnell-Solomotoren gepuht. Die Kleinmaschinen sollen in der Stunde 120 Kilometer schaffen. Die 112-Kilometerstrecke Berlin-Falkenberg wurde bis jetzt in 55 Minuten bemalt. Einen Tag unterliegt die Fahrt ausnahmslos der technischen Prüfung, am anderen Tage wird ihre wirtschaftliche Kraftleistung geprüft; es kommt die Maschine des einen Tages leer, während sie des anderen Tages einen Vollzug nach hier bringt. Befriedigt die Maschine alle Anforderungen, so erfolgt ihre Abnahme und Uebernahme in den Dienst. Bis jetzt trafen die Prüfungsfahrten um 11,20 Uhr auf dem Bahnhof hier ein. Es finden sich stets Bewunderer des Kolosses. Alle Erzeugnisse der Technik haben Anwendung gefunden. Nach Durchsicht der Schmierleiste fährt die Maschine nach der Drehhöhe, um dann die Rückfahrt nach Berlin voll, mit Vollzug wieder unter Kontrolle anzutreten. Mehrere gepuhte Maschinen des großen Typs laufen bereits auf Langtreden.

Zorgau, 14. Januar. (Zorgau veranlaßt eine gewerbliche Ausstellung). Gestern Abend lagte im Hotel „Friedrich der Große“ eine Versammlung, die von den Vertretern der für die Ausstellung in Frage kommenden Organisationen besetzt war und die ersten Vorbereitungen erledigte. Die

Versammlung leitete Stadtverordneten-Vorsteher Koh. Er konnte eine erfreuliche Einigkeit bei den Anwesenden darüber feststellen, daß überhaupt eine Ausstellung abgehalten werden soll. Die Versammlung einigte sich dahin, daß als Träger der Ausstellung die Kreisvereinigung selbständiger Handwerker und Gewerbetreibender, die Arbeitgebervereinigung und die Landwirtschaftliche Arbeitgebervereinigung in Frage kommen. Als Zeitpunkt der Ausstellung wurde die Woche vom 12. Mai bis Sonntag, 20. Mai, festgelegt, die deswegen besonders günstig ist, weil in diese Woche der Himmelstagsfest fällt. Die Versammlung wählte einen vorbereitenden Ausschuss, der sich über die Zusammenkunft der Arbeitsausschüsse und andere wichtige Fragen schäftig machen wird.

Zorgau, 20. Januar. Der eigenartige Fall, daß ein Zuchthäuser vom Staatsanwalt befehligt wird, ereignete sich jetzt. Bei dem Strafprozeß gegen den Porzellandrehler Kiebel, welcher i. Z. den Schupoennten Hegener ermordete, war zur Ermittlung des Täters eine Belohnung von 10000 Mk. für denjenigen ausgesetzt, der Angaben machen könnte, die zur Ermittlung des Täters führen würden. Nun hatte Kiebel zu dem Zuchthausgefangenen Kaufmann im hiesigen Polizeigewahrsam Anordnungen gemacht, die dieser weiter meldete, wodurch denn tatsächlich Kiebel als der Mörder des Hegener festgesetzt werden konnte. Wie verlautet, steht die Staatsanwaltschaft auf dem Standpunkt, dem Kaufmann einen Teil der ausgesetzten Belohnung zuzulassen zu lassen, so daß, kommt er im Sommer nächsten Jahres aus dem Zuchthaus, er ein nettes Stämmchen in die Hände bekommen wird. Dieser Fall dürfte nicht gerade zu den Alltäglichkeiten gehören.

Wittenberg. Infolge der Wittenberg-Fahrten, die immer größere Ausdehnung gewinnen und seit längerer Zeit schon das Bedürfnis eines Solipses fühlbar machen, ist man in der Lutherstadt dem Gedanken nahe getreten, das Bahnhofshotel zu einem Solips umzuwandeln. Der evangelische Bund unterstützt diesen Plan, der für die Bürgerfabrik zweifelloso große Bedeutung haben wird.

Senftenberg. Ein aus der Richtung Senftenberg kommendes, dem Landratsamt in Ludau gehörendes Personenauto erlitt auf der neuen Rannower Chaussee eine Reifenpanne. Zufälligerweise passierten der Bergarbeiter Arthur Börner aus Ranno und seine Ehefrau mit einem mit Beifahrer beladenen Landwagen im gleichen Augenblick die Stelle. Das Personenauto wurde durch den plötzlichen Reifenbruch quer über die Chaussee gefleudert und drallte gegen Börner, während sich seine Ehefrau noch rechtzeitig in Sicherheit bringen konnte. Börner erlitt schwere Bein- und Kopfverletzungen und ist im hiesigen Knappschafts-Krankenhaus verstorben.

Der Entwurf zum Estergeß. Der Entwurf zum Estergeß ist nun endgültig fertiggestellt und wird demnächst dem Landtage zugehen. Der Entwurf sieht die Bildung einer Genossenschaft für das Gebiet des Jalles von der Landesgrenze des Freistaates Sachsen bis zur Wäandung in die Elbe vor. Die auf Grund des Gesetzes zu bildende Genossenschaft bezweckt: Reinhaltung der Ester und ihrer Nebenflüsse, Regelung der Bewässerung und des Bodwasserabflusses, Schutz und Förderung der Landeskultur, Unterhaltung und Ausbau der zur Ableitung von Abwässern dienenden Wasserläufe und Ueberwachung des Zustandes der eingeleiteten Gewässer und sonstigen Abwässer. Die Genossenschaft bilden zwei Gruppen. Gruppe A besteht aus den Gosseln, die an der Reinhaltung der Ester ein wirtschaftliches Interesse haben und zwar die Landkreise Schweinitz, Liebenwerda, Ludau, Ralau, Spremberg und Sopserswerda, der Esterregulierungsverband, sowie Wassergenossenschaften, Deichverbände, Gemeinden, Gutsbesitzer. Gruppe B setzt sich zusammen aus den Einleitern von Abwässern, wie Bergwerke, sonstige gewerblichen Unternehmen, einschließlich landwirtschaftliche Betriebe, Gemeinden und Gutsbesitzer. — Die Kosten der Gesellschaft verteilen zu 85 % auf Gruppe B und 15 % auf Gruppe A verteilt werden. Die Landkreise sind jedoch nicht beitragspflichtig. Die Gruppe B soll nicht mehr als 46 % der Stimmen in der Mitgliederversammlung und nicht mehr als 5 Stimmen von 11 Stimmen im Ausschuss haben.

„Biolantha“ ♦ Henny Borten

Holzversteigerung
der Oberförsterei Thiergarten in Annaburg (Bez. Halle), am Freitag, den 27. Januar 1928, von 9 Uhr ab im „Waldschützen“ zu Annaburg.
Försterei Heidemühle: Jagd 10 b, Kiefer: 49 rm Kloben, 31 rm Reis 1. Jagd 44 d, Kiefer: 243 rm Kloben, 5 rm Buch-Knüppel, 103 rm Reis 1. Kloben.
Försterei Frauenhort: Jagd 48 a, Kiefer: 4 rm Kloben und die bestellten Loh.
Försterei Meufels: Jagd 115, Kiefer: 3 rm Kloben, 32 rm Knüppel, Sammelstich, Jagd 120 bis 145 b, Birke: 6 rm Kloben. Kiefer: 313 rm Kloben, 211 rm Knüppel.
Försterei Thiergarten: Jagd 152 c, Kiefer: 135 rm Kloben, 78 rm Reis 1. Kloben. Außerdem die bestellten Klobenlose. Verwendungen vorbehalten. Zahlungen werden im Termin angenommen.

Donnerstag empfehle:
Goldbarsch und Geseal,
Freitag: **Grüne Heringe**
Pfd. 18—20 Pfg.
J. G. Fritzsche.

Handwagen
in sauberer, dauerhafter Ausführung in allen Größen
Ersatzteile und Räder stets vorräthig.
Eosibe Preise!

Zentrifugen :=: **Butter-Maschinen**
Fahrräder, Motorräder, Ersatzteile.
Reparatur-Werkstatt.
Wilhelm Grahl.

Der deutsche Rundfunk
Größte Funkzeitschrift mit allen Programmen und großem Unterhaltungs- und Bastarteil
Nur 50 Pf. jede Woche, Bestellung bei jedem Postamt und in jeder Buchhandlung.
Programmnummern kostenlos vom Verlag Berlin N 24

Drucksachen jeder Art
werden schnellstens angefertigt.
Herm. Steinbeiß, Buchdrucker.

„Biolantha“ ♦ Henny Borten

Sie wissen doch!!
Bis zum 28. Januar
Inventur-Ausverkauf
bei
Carl Quehl
Annaburg.
Besonders billig:
Damenmäntel
Kindermäntel
Damentleider
Kinderkleider
Strickjacken
Pullover
Bester
ganz besonders billig!!
Beachten Sie
bitte meine
Schaufenster!

Noch nie dagewesen!
Habe einen großen Posten
Damenmäntel
in bekannt guten Qualitäten
bis zur Hälfte des bisherigen Preises
herabgesetzt!
Außerdem vieles andere mehr!
Ernst Peschke.
Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß, Annaburg

„Biolantha“ ♦ Henny Borten

Gusshele
allerfeinst. **Bienen-**
Blütenhonig,
ff. **Blauemmus,**
Marumladen
sowie **Stier**
Fett-Büdlinge
und **Sprossen**
Arthur Hönemann,
Markt 19.
Mittwoch früh:
◆ **Frische** ◆
grüne Heringe
Pfund 20 Pfg.
pfecht!
Theobald Schunke.
Brief-Ordner
Schnellhefter
in Quart- u. Folio-Format,
empfecht
S. Steinbeiß.

Suche für meinen Potsdamer Hausplatz zum 1. Februar, **leüctiges**
Alleinmädchen
mit Kochkenntnis. Zeugnisse erbeten.
Frau Oberleutnant Habel, 3. St. Annaburg (Schloß).
Klempner-
Lehrling
sucht
Richard Fuhrmann,
Klempnermeister, Seifen.
Reichsbund
d. Kriegsbeschädigten, Kriegs-
teilnehmer und -Sinterblieb.
Ortsgruppe Annaburg.
Donnerstag, d. 26. Januar 1928, abends 8 Uhr in „Stadt Berlin“
Haupt-Versammlung.
Der reichhaltigen und wichtigen Tagesordnung halber wird um pünktliches Erscheinen gebeten.
Der Vorstand.

Verein selbständ. Handwerker und Gewerbetreibender Annaburg und Umgebung.
Am Donnerstag, den 26. Januar, abends 8 1/2 Uhr findet im Gashof „Siegestanz“ unsere **General-Versammlung** statt. Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht.
Der Vorstand.

Braucht man Gott?
Deffentlicher Vortrag
Mittwoch, abends 8 Uhr
im Gashof „Siegestanz“, Markt.
Referent: W. Radke.
Eintritt frei!

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zu unserer Verlobung danken wir zugleich im Namen unserer Eltern
Trudchen Quinque
Otto Richter.
Annaburg, den 22. Januar 1928.

„Biolantha“ ♦ Henny Borten

